

# **Nachrichten von Donnerstag, 10.09.2020**

**Langsam gesprochene Nachrichten**

# Mehrere deutsche Demonstrationen wegen Lager Moria

Nach der Brandkatastrophe im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos haben tausende Menschen in Deutschland die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem abgebrannten Lager gefordert. Die größte Demonstration fand mit 10.000 Demonstranten in Berlin statt. Nach Angaben der Organisation Seebrücke gingen 3000 Menschen in Köln und 2500 Menschen in Hamburg auf die Straßen. In der Nacht zum Mittwoch waren in Moria mehrere Feuer ausgebrochen, die das Camp fast völlig zerstörten. Am Abend entstanden in einem weniger betroffenen Lagerteil neue Feuer, die Migranten aus ihren Zelten vertrieben.

## Pompeo vermutet "hohe russische Regierungsmitglieder" hinter Nawalny-Anschlag

Der Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny ist nach Ansicht von US-Außenminister Mike Pompeo wahrscheinlich von "hochrangigen" Mitgliedern der russischen Regierung angeordnet worden. Es handele sich um den Versuch, "einen Dissidenten (持不同政见者) zu vergiften", sagte er. Russland bestreitet eine Verwicklung in die Vergiftung des Politikers, der in der Berliner Klinik Charité behandelt wird. Die G7-Staaten hatten schnellstmögliche Aufklärung von Russland verlangt. Ein Speziallabor der Bundeswehr hatte festgestellt, dass der 44-Jährige mit einem chemischen Kampfstoff vergiftet wurde.

# Weniger deutsche Soldaten für Anti-IS-Mandat im Irak

Die Bundeswehr soll sich weiter am internationalen Einsatz gegen die Dschihadistenmiliz IS in Syrien und im Irak beteiligen, jedoch mit weniger **Personal**. Das Bundeskabinett beschloss ein neues **Mandat**, das eine Obergrenze von 500 Soldaten vorsieht. Bisher lag sie bei 700. Dies wurde durch den Abzug der deutschen Tornado-Aufklärer aus Jordanien möglich. Der Einsatz soll nun bis 31. Januar 2022 verlängert werden. Der Bundestag muss dem Mandat noch zustimmen. Die Soldaten unterstützen den internationalen Einsatz durch Luftraumüberwachung, Lufttransport und durch **Beratung** des irakischen Militärs.

# Fünf türkische Journalisten wegen Geheimnisverrats verurteilt

Ein Gericht in Istanbul hat fünf Journalisten unter anderem wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Unter den Verurteilten ist der Chefredakteur der oppositionellen Online-Plattform Oda TV, Baris Pehlivan. Er wurde zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Den Journalisten wurde unter anderem vorgeworfen, die Identität eines in Libyen getöteten Mitarbeiters des türkischen Geheimdienstes MIT preisgegeben zu haben. Die Journalistin Hülya Kilinc erhielt die gleiche Strafe wie Pehlivan. Der Kolumnist Murat Agirel erhielt vier Jahre und acht Monate.

# Verdacht auf Afrikanische **Schweinepest** in Deutschland

In Brandenburg gibt es einen amtlichen Verdacht auf Afrikanische Schweinepest (ASP). Das teilte das **Bundesagrarministerium** mit. Ein Wildschwein-Kadaver sei wenige Kilometer von der polnischen Grenze im Spree-Neiße-Kreis gefunden worden. Eine **Probe** des Tieres werde jetzt im Friedrich-Loeffler-Institut virologisch untersucht. Die ASP ist hoch ansteckend für Haus- und Wildschweine und endet meist tödlich. Für Menschen ist sie dagegen ungefährlich. Die Schäden für **Schweinezüchter** wären im **Seuchenfall** 流行病, 瘟疫 gravierend. Denn viele Länder **verhängen** dann Importverbote für Fleisch aus Gebieten mit ASP.



# Brexit-Krisengespräch an diesem Donnerstag in London

Wegen des britischen Plans, das Brexit-Abkommen einseitig zu ändern, soll es an diesem Donnerstag ein Krisengespräch zwischen der EU und London geben. Dafür werde Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic in die britische Hauptstadt reisen, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Dort werde Sefcovic den britischen Staatssekretär für Kabinettsangelegenheiten, Michael Gove, treffen. Man erwarte "Klarstellungen". Anlass ist ein Gesetzesvorhaben der britischen Regierung, das Änderungen am Austrittsvertrag mit der EU vorsieht. Dabei geht es auch um Zollregelungen für die britische Provinz Nordirland.

## Prag, Genf, Dubrovnik und Korsika zu Corona-Risikogebieten erklärt

Das Auswärtige Amt in Berlin hat Reisewarnungen für weitere Regionen in Europa **ausgesprochen**. Betroffen sind unter anderem Prag, Genf, Dubrovnik und die Insel Korsika. **Zudem** wurden bestehende Reisewarnungen für Teile von Frankreich ausgeweitet. Wegen der **hohen** Infektionszahlen wird nun vor Reisen in die Regionen Île-de-France, Provence-Alpes-Côte-d'Azur, Auvergne-Rhône-Alpes, Occitanie und Nouvelle-Aquitaine gewarnt. Ebenso warnt das Amt nun vor Reisen in die Schweizer Kantone Genf und Waadt. Die Warnung ermöglicht es Reisenden, **Buchungen** kostenlos zu **stornieren**.